

## Die Alma Mater Halensis et Vitebergensis

### Von den frühen Oeconomie-, Polizey- und Cammersachen zu den Wirtschaftswissenschaften heute

#### I. Von der Cameralia zur Nationalökonomie

Wenn auch in den Augen von Karl Marx Martin Luther der "älteste deutsche Nationalökonom" sein mag, so kann sich doch zu jener Zeit die Ökonomie noch nicht als eigenständige Disziplin entfalten. Freilich hat LUTHER immer wieder in seinen Vorlesungen, Schriften und auch Predigten die ökonomischen und sozialen Verhältnisse seiner Zeit reflektiert, eingebettet in sein theologisches Weltbild, verschiedentlich moralisierend und nicht selten auch gegen Mißstände wetternd. Denken wir nur an seine "Vermahnung an die Pfarrherren, wider den Wucher zu predigen" (1540). Größere Impulse für die Ökonomie gehen von Wittenberg aber nicht aus.

Anders später in Halle, wo der Staatsmann und Nationalökonom Veit Ludwig Von Seckendorf (1626-1692) zum ersten Kanzler berufen wird (1692). Dieser war Autor des wohl seinerzeit bedeutendsten kameralistischen Werkes "Teutscher Fürstenstaat" (Frankfurt 1656), welches lange Zeit noch als Grundlage für die politische Lehre an den deutschen Universitäten dient.

Der wissenschaftsgeschichtliche Wandel, das Lösen verschiedener Disziplinen von der Theologie, steht vor dem Hintergrund frühaufklärerischer Wirkungen in Halle, besonders befördert von Persönlichkeiten wie Christian Thomasius (Philosophie/Jura, 1655-1728), Johann Peter Von Ludewig (Jura, 1668-1743), Friedrich Hoffmann (Medizin, 1660-1742) und nicht zuletzt Christian Wolff (Mathematik/ Philosophie, 1679-1754).

Thomasius - aus Leipzig geflüchtet - erfährt mit seinem aufklärerischen Temperament in Halle breite Resonanz. Der Chronist Dreyhaupt vermerkt: "Er liebte im Lesen und Schreiben die Freyheit und konnte keinen Zwang sonderlich von seines gleichen leiden ... er machte aus der Kunst der Menschen Gemüther und Affecten zu erkennen, eine eigene Wissenschaft und lehrte solche öffentlich in teutscher Sprache, sowohl als die Philosophie welche er, um sie den jungen Leuten angenehm zu machen, in andern Trachten verkleidet ... Er disputierte auch teutsch, und bekam deshalb auch einen grossen Zu-

lauff von Studenten und gemeinen Bürgers-Leuten, die sich über seiner neuen Lehren verwunderten; so, daß jedermann Verlangen trug, zu sehen, wo es damit hinaus wollte, und wie es mit diesem neuen Lehrer ablaufen würde Die Clerisey wurde auch hierdurch so aufgebracht, daß sie Eltern und Kinder vor den Höllischen Lehren, wie sie die Hällischen benannten, mit grossen Eyfer warneten ... Nur es kehrten sich viele Eltern an diese theologischen Warnungen nicht, und schickten dem ohngeachtet ihre Kinder nach Halle ...".

Nicht zuletzt die gegensätzlichen Lehrmeinungen in allen vier Fakultäten rufen einen starken Zustrom an Hörern nach Halle herbei. Vor allem die Disputierfreudigkeit scheint außerordentlich groß im Spannungsfeld der Strömungen der Aufklärung und des Pietismus (A. H. Francke, 1663-1727), welche sich zumindest in ihren Frühstadien gegenseitig befruchteten.

Später erinnert sich v. Ludewig: "Bey dem Anfang hiesiger Universität ... habe ... ich eine öffentliche Disputation ... gehalten. Die dann ... nebst allen damals in der Stadt befindlichen vornehmen Collegiis, Geistlichen und Weltlichen auch von vielen hundert Bürgern und Thal-Leuten besucht, und, weil es darinnen etwas scharf hergegangen, mit Vergnügen und einem starcken Troupp, der mich nach Hause begleitet, geendigt worden. Und, weil der damalige Direktor, Stryk, ein besonderer Liebhaber zu ausführlichen Disputationen war, aus welchem nachhero gantze Bücher gemacht werden kunte; so dann Thomasius einen grossen gefallen an paradoxis und gelehrtem Gegensatz hatte ... so wurden der Hallischen Disputationen so viele; daß man wohl sagen kann: die Universität habe den Grund zu einem guten Ruf, besonders den Juristischen und Medicinischen Disputationen zu dancken".

Auch zeigt schon die erste Professorengeneration eine gewisse Praxisverbundenheit und fordert von Anfang an die Ausbildung von Juristen auf dem Gebiete der "Cameralia". So klagt von Ludewig in seiner "Einleitung zu dem Münzwesen" (1709): "Die Professores philosophiae practicae haben wohl Ursache, aus Scham den Titel disziplinae oecono-

miae auszulassen, weil ihre Weisheit in diesem Stück kaum des Zuhörens wert ist, dahero junge Leute öfters den Vorschlag getan haben, eine bisher unerhörte Profession anzurichten, unter welche Leute gezogen würden, welche einer Kammer oder dem Landwesen wohl vorzustehen wüßten."

Die erste Professur für Oeconomie-, Polizey- und Cammersachen in Deutschland wird unter dem Preuenkönig Friedrich Wilhelm I 1727 in Halle errichtet mit dem Beschluß, daß "die Cameralia, Oeconomica und Polizeysachen gleichergestalt wie die übrigen Studia und Wissenschaften dozieret werden sollen ..., damit die studierende Jugend in Zeiten und ehe sie zu Bedienungen employeret werden, einen guten Grund in obgedachten Wissenschaften erlangen mögen." Mit dieser "neuen Profession" betraut wird der Geheime Rat Simon Peter Gasser (1676-1745), "von dessen Geschicklichkeit in cameraloeconomischen Sachen Wir vollkommen persuadiret sind".

Die so einsetzende Entwicklung der Disziplin geschieht ganz im Sinne des absoluten Fürsten, des kameralistischen Staates. "Oeconomie" war gleichbedeutend mit Land-Wirtschaft und Bergbau, bezeichnete die Produkt-Gewinnung als quasi originäre Quelle der Geldbeschaffung. "Polizey" umfaßte das allgemeine Regierungs- und Verwaltungswesen mit Schwerpunkt staatlicher Wirtschaftspolitik. "Cammersachen"(camera: Schatz-, Vorratskammer, Staatskasse) stand für das Finanzwesen mit seinem Gegenstand der Geldbeschaffung (Steuern, Zölle, Abgaben, Pacht etc.).

Gasser umreißt in seiner "Einleitung zu den ökonomischen, politischen und Kameralwissenschaften"(1729) in etwa das Lehrangebot, das seinerzeit

dem juristischen Hauptstudium als Ergänzung diente.

Nach Gasser scheint das Fach zur Disposition zu stehen, denn Friedrich II zeigt keine Neigung zur Neubesetzung des Lehrstuhles mit einem Ökonomen. Auf den Antrag der Universität kritzelt er: "Die Oe-

**Kameralistische Lehrfächer (um 1750)**

Domänenwesen	Regalienwesen
- Äcker, Wiesen	- Salzregal
- Vieh	- Bergwerksregal
- Nebengewerbe	- Münzregal
- bäuerliche Dienste	- Zollregal
- Abgaben	
Steuern und Kollekten	
Jagd und Fischereiwesen	
Holzmärkte	
Kammeretat (Haushaltswesen)	

conomie lernt man bei den Bauern und nicht auf Universitäten, man Mus Suchen ...keinen Oeconomen als einen Bauern, der Weis mehr davon als alle Theoristen". Und so wird der kameralistische Lehrstuhl zeitweise von der Philosophie und Theologie besetzt. Das Fach wird schließlich nur noch nebenamtlich gelehrt.

Es ist die Universität Göttingen, die nun zum Kristallisationspunkt liberaler Ideen heranreift. Das Kurfürstentum Hannover ist mit dem englischen Königshaus verbunden, und so findet von Göttingen aus die ökonomische Lehre Adam Smiths (1723-1790) ihre Verbreitung in Deutschland. Viele preußische Reformer studieren jetzt in Göttingen, von den dort

vertretenen bürgerlichen liberalen Auffassungen beeinflusst, so daß im Zuge des gesellschaftlichen Wandels feudalistische Interessen und kameralistisches Denken mehr und mehr verdrängt werden.

Auch Halle wird von dieser Strömung ergriffen, und die Disziplin als jetzt bürgerliche politische Ökonomie erlangt in wirtschaftsliberaler Gestalt um 1800 neuen Auftrieb, vor allem mit Ludw. Heinr.v.Jakob (1759-1827), Georg Friedr. Lamprecht und Theod. Schmalz (1760-1831, Physiokrat, Gründungsrektor der Humboldt-Universität zu Berlin).

Jakob (1805) wendet sich gegen Feudalstrukturen: "Leibeigenschaft, Fron- und Robotwesen sind bloß verminderte Grade der Sklaverey, und wirken, wie diese mehr oder weniger, den Lohn aufs Minimum herunterzubringen". Er greift Smiths Arbeitstheorie auf: "Die Quantität und Qualität der Arbeit, welche die regelmäßige Hervorbringung eines Dinges kostet, bestimmt dessen Tauschwerth, den man schlechthin Werth ohne Zusatz nennt". Und zur Gewinnung des Mehrwertes: "Dem Arbeiter wird das Capital als Lohn bezahlt, und er liefert dafür einen größeren Werth, der außer dem Capital noch einen Gewinn gibt, zurück".

Lamprechts Studienplan - von Göttingen beeinflusst, theoretisch und naturwissenschaftlich ausgerichtet - verwirklicht sich nicht, geht aber ein in die Ausbildungsentwürfe von Jakob und Schmalz für ein eigenständiges kameralwissenschaftliches Studium.

#### Kameralistische Studienfächer (Lamprechts Reformentwurf um 1790)

##### Hauptwissenschaften

- Landwirtschaftswissenschaft (Wie sind Produkte zu gewinnen?)

- Technologia (Wie werden Produkte verarbeitet?)

- Handlungswissenschaft

(Wie ist mit Produkten vorteilhaft Handel zu treiben?)

- Haushaltswissenschaft

(Regeln für Einkommenserwerb und Erheben von Abgaben)

- Staatslehre und Regierungspolitik (kluge Regierungsmaßnahmen)

##### Nebenwissenschaften

- Naturkunde, Natur- u. Völkerrecht, Logik, Metaphysik,

Kameralrecht, Geschichte, Mathematik, Statistik.

Praktische Übungen (im "ökonomischen Garten")

stand der großen, traditionellen Fakultäten (1804), welche sich in einer Hochphase befinden. Die Zahl der Studenten ist auf über 1200 gestiegen und das Stadt- und Wirtschaftsleben wird von der Universität geprägt. Die einstige Ablehnung gegenüber den Studenten weicht bald einer devoten Duldung, und der junge Student Eichendorf vermerkt "den seltsamen Eindruck, den die Furchtsamkeit der Bürger und Offiziere...die Höflichkeit der Professoren und das Prosit und überhabtge Betragen der Studenten" auf ihn machen.

Die wechselhaften politischen Verhältnisse und die Schließungen der Universität durch Napoleon haben dann den Weggang vieler, vor allem nach Berlin, zur Folge und hemmen den weiteren fachlichen Ausbau.

#### Ökonomische Lehrfächer (um 1830)

Nationalökonomie (Theorie der Volkswirtschaft)

Volkswirtschaftspolitik (z.T. noch "Polizeywissenschaft" genannt)

- Wirtschaftspolitik (Gewerbe-, Handelspolitik etc.)

- Verwaltungslehre

Finanzwissenschaft (Lehre vom Finanzwesen)

- Steuern, Zölle, Akzisen

- Haushaltspolitik

"Oeconomia" (Landwirtschaftskunde)

Die herkömmliche "Oeconomia" löst sich sodann aus dem bisherigen Kanon als eine eigenständige Land-Wirtschaftswissenschaft (1863). Der wirtschaftliche Aufschwung und auch die mit der massiven Industrialisierung und einer sich verändernden Lebens- und Arbeitsweise einhergehenden sozialen Probleme erfordern nicht mehr nur ausgebildete Ökonomen, sondern auch andere und völlig neue Qualifikationen. Eine Expansion und Aufwertung erfährt die Nationalökonomie in Halle als Folge der Studienreformen durch Gustav Schmoller (1838-1917) und seinen Nachfolger Johannes Conrad (1839-1915).

Schmoller, der zu den führenden Sozialreformern, den sog. Kathedersozialisten zählt, trägt entscheidenden Anteil an der Gründung des "Vereins für Socialpolitik" (Eisenach 1872). Conrad, der den Lehrstuhl 1872-1914 innehat, ist äußerst produktiv. Er ruft das "Seminar für Staatswissenschaft" ins Leben (1873) und ist Mitglied der Kommission zur Bearbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs und gibt - aus seinem Seminar hervorgehend - eine "Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen" heraus (1877), ferner die "Jahrbücher für Na-

Die Etablierung eines Kameralinstitutes mit Fakultätsstatus scheidet jedoch unter Fehden am Wider-

tionalökonomie und Statistik" (ab 1878). Außerdem veröffentlicht er einen "Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie" in vier Bänden (1896-1900).

**Ökonomische Studienfächer (um 1890)**

- |                                 |                                     |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| - Nationalökonomie              | - Organisation der Finanzverwaltung |
| - Theoret. Nationalökonomie     | - Eisenbahnökonomik                 |
| - Volkswirtschaftspolitik       | - Außenhandel                       |
| - Geschichte der Nat. Ökonomie  | - Handelspolitik                    |
| - Nat. ökon. Übungen u. Repeat. | - Statistik u. statist. Übungen     |
| - Finanzwissenschaft            | - Soziale Frage                     |
| - Geld, Kredit, Börse           | - Bevölkerungspolitik u. Armenwesen |
| - Steuern und Haushalt          | - Geschichte der Arbeiterbewegung   |
| - Zölle                         |                                     |

Wegen steigender Lehranforderung wird 1894 eine zweite Professur (Heinr. Waentig ab 1904), schließlich eine Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (1914) eingerichtet, deren erstes Ordinariat Waentig (1870-1943) bis 1927 übernimmt. Dieser gibt die "Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister" (Gustav Fischer Verlag) heraus. Ernst Grünfeld initiiert und leitet das "Seminar für Genossenschaftswesen", das einzige in Europa.

**Studienfächer der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften**

(Rechts- u. Staatswissenschaftliche Fakultät um 1925)

- Einführung in die Volkswirtschaftslehre
- Theoretische Nationalökonomie/Volkswirtschaftslehre
- Volkswirtschaftspolitik
- Weltwirtschaft
- Finanzwissenschaft
- Handelspolitik
- Statistik
- Wirtschafts- u. Sozialgeschichte
- Genossenschaftswesen

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten müssen etliche ihre Professur oder wissenschaftliche Mitarbeit niederlegen, werden boykottiert oder entlassen, wie der Nationalökonom und Soziologe Friedr. Hertz (1878-1964) und der Wirtschaftshistoriker Georg Brodnitz. Oder sie wurden - weil "jüdisch versippt" - wie der Nationalökonom Georg Jahn "nach Litzmannstadt überführt". Auch Waen-

tigs Nachfolger (ab 1927) Gustav Aubin (1881-1938), der auch Rektor war, wird von den Nazis 1934 bis 1945 durch K. Muhs (1891-1954) aus Greifswald ersetzt, welcher später dann in die Bundesrepublik geht.

## II. Zur Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg

Das Programm der KPD vom 11.6.45 wies in Verbindung mit den Potsdamer Beschlüssen den Weg zu einem "antifaschistisch-demokratischen Reformwerk", welches Enteignung der Unternehmungen, Bodenreform, Industrie-, Verwaltungs- und Schulreform und auch die Reformierung des Hochschulwesens einschloß. Damit verbunden war das Entfernen nationalsozialistischer Lehrkräfte und Studenten. Doch die Gestaltung nach den damals neuen Vorzeichen schien nicht leicht. Die ersten Studienpläne nach der Wiedereröffnung im WS 1946/47 lassen eine komplizierte Phase der Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher Nationalökonomie und marxistisch-leninistischer politischer Ökonomie erkennen, wobei erstere zunächst an die Halleschen Traditio-

nen der sozialreformerisch geprägten Nationalökonomie anknüpfen konnte. Schließlich jedoch trennte man sich von jenen, die unter dem liberalen Ordinarius Hans Gehrig gegen die gesellschaftliche Erneuerung opponierten und die neue Entwicklung kritisierten. 1947 erfolgt erstmals ein Ruf an einen marxistischen Politökonom (Rudolf Agricola), woraufhin 1948 das Institut für Politische Ökonomie gegründet und 1949 Politische Ökonomie offiziell Prüfungsfach wird.

#### Studienfächer der Fachschaft Wirtschaftswissenschaft (SS 1948)

- Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät -

Politische Ökonomie I: Volkswirtschaftslehre (Agricola)

- Geld- u. Zahlungswesen

Übungen zur Politischen Ökonomie (Agricola)

- Handelspolitik

Zeitungslehre (Agricola)

- Wirtschaftsplanung

Seminar: Publizistische Theorie (Agricola)

- Versicherungslehre

- Betriebswirtschaftl. Übungen

Volkswirtschaftspolitik (Gehrig)

- Methode der Statistik

Volkswirtschaftl.-seminaristische Übungen (Gehrig)

- Statistische Übungen

Einführung in die Wirtschaftsformen (Gehrig)

- Versicherungsmathematik

Volkswirtschaftliches Seminar (Gehrig)

- Kaufmänn. Buchführung

Agricola rekrutiert aus den Absolventen der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung jene als Mitarbeiter, die im Rahmen der Kritik bürgerlich ökonomischer Auffassungen hervorgetreten waren, zum größten Teil Absolventen des Vorstudiums, das im Zuge der Einrichtung des "Arbeiter- und Bauern-Studiums" 1946 geschaffen war und aus dem 1949 die "Arbeiter- und Bauern-Fakultät" hervorging. Die MLU hatte im Vorstudium die erste FDJ-Gruppe an einer Hochschuleinrichtung der DDR initiiert. Unter der Führung der Parteiorganisation der SED war es Aufgabe von FDJ und Lehrkörper, "die Studenten zu einer schöpferischen Studienhaltung und einem parteilichen Herangehen an alle Probleme zu erziehen." Dies wurde - als Bestandteil des Studiums - in Studentenzirkeln, Seminargruppen, Solidaritätspraktika, beim Ernteeinsatz, durch Studen-

tenwettbewerbe und später in der militärischen Ausbildung zu verwirklichen versucht.

Die "Rote Fakultät" - von den Kritikern abfällig so bezeichnet - wird vom neuen Lehrkörper nun so definiert: "Lehre und Studium der Ökonomie nicht um seiner selbst oder um des Profits anderer willen ... Ausbildung im Dienste der Gesellschaft und für die junge volkseigene Wirtschaft ... Fundierung der Wirtschaftswissenschaften auf den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus ... Lernen von der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft und Übertragung sowjetischer Erfahrungen auf unsere Praxis ... Kampf gegen die Versuche der restaurierten monopolkapitalistischen Wirtschaft Westdeutschlands, verlorengegangenes Terrain auf dem Gebiet der DDR wenigstens ideologisch in den Händen zu behalten ... zusammen genommen, Kader auszubilden, die solche schwierigen Aufgaben mit hoher fachlicher Befähigung und heißem Herzen zu bewältigen imstande waren."

Auf Antrag von Agricola wird der alte Verband der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät aufgelöst, und 1951 wird im Zuge der vom ZK der SED "beschlossenen Maßnahmen zur sozialistischen Entwicklung des Hochschulwesens" eine eigenständige Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gebildet.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik übernehmen die Hochschulen in der DDR jetzt einen "Erziehungsauftrag", der da lautet: "sozialistische Erziehung" der Studenten. So steht es auch in jedem Berufungsschreiben des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, der jeden Professor und auch Hochschuldozenten (vergleichbar unseren Privatdozenten) persönlich beruft. Jetzt gilt es, zum einen die Um- und Neugestaltung des Wirtschaftssystems auf der Basis der Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel mit der Folge einer gesamtgesellschaftlichen Planung zu bewältigen, zum anderen "mußten Lehre und Forschung konsequent auf die Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie gestellt werden. Die sich in der DDR vollziehende revolutionäre sozialökonomische Umwälzung benötigte hochqualifizierte Wirtschaftskader, die sich fest mit der Wissenschaft und Weltanschauung des Marxismus-Leninismus verbunden fühlen ... Von Anfang an wurde daher an der neugegründeten Fakultät auf der Grundlage neuer Studienpläne gearbeitet. So fand das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, der Marx-

mus-Leninismus, seine feste Verankerung im Ablauf und in den Prüfungen des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums.”

Ärger hatte es aufgrund des Lehrbuches “Geld und Kredit” (1958) mit offiziellen Stellen gegeben, vor allem weil die eigenständige Stellung der Bankorgane, des Geld- und Kreditwesens hervorgehoben worden war, was nicht im politischen Kontext der Einordnung des Geld- und Kreditwesens in das gesamte Finanzwesen der DDR stand. Kritik übte auch der damalige Finanzminister Rumpf an diesem Buch, anscheinend mit ein Vorwand dafür, die Selbständigkeit der Geld- und Kreditwirtschaft aufzulösen und in das Gesamtsystem der Finanzwirtschaft einzufügen.

Die Existenz der Fakultät schien Mitte der 60er Jahre unsicher, und die Ausbildung von Direktstudenten war zeitweilig beschnitten. Die starke Orientierung auf die Territorialökonomie (Regionalplanung) und der Praxisbezug, ferner eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen, postgradualen und spezifischen Fernstudien führten aber doch wieder zu einer vollen Eröffnung für Direktstudenten.

Zwei weitere Beschlüsse sollten das Hochschulwesen der DDR wesentlich beeinflussen. Einmal “die Erhöhung der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung der Studenten” und die starke Reglementierung der Studiengänge durch zentrale Studienpläne; zum anderen die Auflösung der Fakultäten und die Gründung von Sektionen unter einem bestellten Sektionsdirektor mit Leitungsbefugnis.

In Halle bestand der Plan, auf Wunsch der SED-Bezirksleitung im Hinblick auf eine Neuorientierung auf Organisations- und Leitungswissenschaften und EDV eine Fakultät für marxistisch-leninistische Organisationswissenschaften zu installieren. Der konnte offenbar abgewehrt werden, so daß bei der Sektionsbildung 1971 eine Sektion Wirtschaftswissenschaften eingerichtet wurde. Entgegen der häufig in der DDR anzutreffenden Strukturierung der Universitäten in einen mathematisch-naturwissenschaftlichen und einen gesellschaftswissenschaftlichen Bereich ist man in Halle diesen Schritt nicht gegangen, sondern hat eine Anzahl von Fakultäten beibehalten wie die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche, Landwirtschaftliche, Philosophische, Mathematisch-

Naturwissenschaftliche und Medizinische Fakultät. Deren Verantwortung erstreckte sich aber lediglich auf Berufungsfragen und Graduierungsverfahren. Es gab keinen direkten Einfluß auf den gesamten Ablauf des Ausbildungsganges oder auf andere verwaltungstechnische Fragen, keine direkte Linie zwischen den Fakultäten und den Sektionen, die vom Rektor zentralistisch geleitet waren.

#### **Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften an Universitäten und Hochschulen der DDR**

Fachrichtung Volkswirtschaft (Studienfächer vereinfacht) ab 1972

**Marxismus-Leninismus** (Dial.u.Hist. Materialismus; Wiss.Kommunismus/Grundlagen d .Gesch. d. Arbeiterbewegung; Spezialprobleme)

**Politische Ökonomie** (des Kapitalismus; Wirtsch.Gesch.; Pol.Ök.d.Sozialismus; Klassiker-Seminar; Gesch.d.Pol.Ök.)

**Sozialistische Volkswirtschaft** (Einführung; Grundlagen; Volksw.Planung; Grundfonds-, Material-Territorials-,

Finanzökonomie, Außenwirtschaft; Bilanzierung u.Optimierung; Planung d. Lebensniv.; Planung d.Arb.Vermög.; Wiss.u.Techn.(Plang.); Preisplang.; Spezialisierung)

**Sozialistische Betriebswirtschaft** (Naturwiss.-techn. Grundlagen; Buchführg.; Ökon. u. Plang. d. betriebl.Reprod.Prozesses; Arbeitswissenschaft)

**Mathematik u. Datenverarb.i.d.Wirtschaft** (Mathem.f.Ökon.; Statistik; EDV; Kybernet.f.Ökon. Soz.Recht (Wirtsch.-, Arbeitsrecht)

**Russisch u. 2. Fremdsprache, Sport**

**Praktikum** (insges. 28 Wochen, zusätzl. Militär.Ausbild. bzw. Zivilverteid. 5 Wochen)

Die Sektion Wirtschaftswissenschaften war unterteilt in die Wissenschaftsbereiche: Politische Ökonomie, Sozialistische Volkswirtschaft, Sozialistische Betriebswirtschaft, Informationsverarbeitung und Sozialistische Betriebswirtschaft/Landwirtschaft. Zu diesen gesellte sich noch der Bereich Soziologie. Alle Bereiche, denen jeweils ein Professor als Bereichsleiter vorstand, waren in der Regel in Lehrgruppen untergliedert, die sich anlehnten an die jeweiligen Lehr- und auch Forschungsaufgaben.

Die Forschung war ebenso in Bereiche konzentriert, und der größere Teil der Forschung hat sich eingeordnet in einen zentralen Plan der gesellschaftswis-

senschaftlichen Forschung, der für jeweils 5 Jahre auszuarbeiten war. Deren Einzelthemen mußten zur Aufnahme in den Plan der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung vor bestimmten Wissenschaftlergremien verteidigt werden. Ferner gab es Themen, die direkt durch den Minister, weitere die durch den Rektor kontrolliert wurden. Ein weiterer Teil der Forschung ergab sich als direkter Bestandteil des sog. Staatsplanes für gesellschaftswissenschaftliche Forschung. Ohne daß man von eigentlicher Drittmittelfinanzierung sprechen kann, erfolgte ein geringerer Forschungsanteil über Aufträge der Kombinate und anderer Institutionen, teilweise gegen Bezahlung oder Überlassung von Gerätetechnik u.ä. Die Forschungsschwerpunkte: Geschichte der ökonomischen Theorien, Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, Weltwirtschaft, insbesondere auf dem Gebiet Geldwesen und Währung, quantitative Verfahren in der Volkswirtschaft, in der Makroökonomie wie Input- Outputanalyse, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Volkswirtschaftliche Optimierungsaufgaben linearer und dynamischer Art, Regionalplanung, Softwareentwicklung im Bereich Informationsabteilung und Stimulierung der landwirtschaftlichen Produktion für LPGs und volkseigene Güter im

Bereich Betriebswirtschaft/Landwirtschaft. Für heute mag dabei zumindest theoretisch nützlich sein daß der Schwerpunkt in der politischen Ökonomie auf dem Finanzwesen der Bundesrepublik und Westeuropas lag.

Die Statistik in Halle zeigt zwischen 1951-1981 4.500 Absolventen (Diplomökonomen), davon etwa ein Drittel im Fernstudium. Wirtschaftsfächer studierten in der DDR überwiegend Frauen. In dieser Zeit gab es etwa 320 Dissertationen A (wobei viele Kader der Sektionen für Marxismus-Leninismus an der Sektion ausgebildet bzw. dort ihren Doktorgrad erworben haben) und 50 Dissertationen B (Habilitationen). Dissertationen in der DDR sind nicht veröffentlicht und entsprechend schwer zugänglich.

Die positive Bilanz, so der amtierende Sektionsdirektor bei einem Rückblick 1981, beruht "in der dauerhaften Zurückweisung des Klassengegners, der unter den Ökonomen an der Martin-Luther-Universität nie die Spur einer Chance hatte ... Wenn uns die politische Arbeit, darin eingeschlossen die Leitungstätigkeit, die an unserer Sektion in der Vergangenheit praktiziert wurde, eine Lehre vermittelt, dann

wohl die, daß die Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie unverzichtbar ist. Dies ist keine abstrakte Losung; vielmehr handelt es sich um eine Handlungsmaxime für die tagtägliche Arbeit ... Der Politbürobeschuß vom 18. März 1980 ... fordert von uns die Heranbildung von Studenten und Absolventen, die bereit und fähig sind, jederzeit und unter allen Bedingungen den Marxismus-Leninismus und die Politik der Partei zu verwirklichen und sich mit der bürgerlichen Ideologie auseinanderzusetzen. Die Tragweite dieser Formulierung liegt auf der Hand. Sie schließt natürlich die Frage in sich ein, wie es damit bei unseren Absolventen bestellt ist ... Es war stets das Prinzip unserer Wissenschaftler, sich auch in der Forschung von den Beschlüssen und Anregungen der Partei der Arbeiterklasse leiten zu lassen. Und ich darf versichern, daß wir uns auch künftig darum bemühen werden, dies zu tun ... Wenn von ökonomischer Forschung gesprochen wird, verdient auf jeden Fall auch das Bemühen eine Würdigung, unmittelbar auf die Praxis Einfluß zu nehmen. Uns verbinden gute Forschungsbeziehungen mit wirtschaftsleitenden Organen des Staates ... Zum anderen pflegen wir vertragliche Beziehungen mit der Industrie selbst ... Unsere Sektion wurde ... gegründet, um mit ihrer Arbeit - mit ihren Absolventen und ihrer Forschung - die sozialistische Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu stärken ... Die Herausforderungen des internationalen Klassenkampfes und der ökonomischen Strategie der 80er Jahre, wie sie der X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erfaßt hat, dringen in neue, größere Dimensionen vor. Auch ihnen stellen wir uns mit politischem Verantwortungsbeußtsein und fachlichem Können. Dabei stärkt die Geschichte der letzten 30 Jahre unsere Überzeugung, daß wir über ein gutes Fundament verfügen: Über

einen Stamm erfahrener, in Forschung und Lehre sowie in der politischen Führung bewährter Hochschullehrer. Über einen Kreis gut qualifizierter, parteiverbundener wissenschaftlicher Mitarbeiter ... Und schließlich über Studenten, die ihr Fach, die marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften, ernsthaft studieren, um ihr Wissen schon während des Studiums, vor allem aber in ihrer späteren Berufspraxis zum Nutzen des Sozialismus in unserem Land in die Waagschale zu legen."

In letzter Zeit begannen pro Studienjahr etwa 200 Studenten das Studium der Fachrichtung VWL, ca. 50 das der Landwirtschaftlichen Betriebslehre, und 30 das der Wirtschaftsinformatik. Die Sektion hat derzeit ca. 1100 Studenten bei etwa 120 Beschäftigten des Wissenschaftlichen Personals. Zum bisherigen Personalaufbau: Diplomierte konnten zu Forschungsstudenten mit einem dreijährigen Stipendium von monatlich 500 Mark werden. Nach der Promotion wurde man zunächst befristet, dann unbefristet Assistent (ca. 1.200 Mark monatlich), und schließlich erfolgte mit dere Dissertation die Ernennung zum Hochschuldozenten (HSD, ca. 1.600 Mark monatlich). Die Hochschuldozenten zählten zur Gruppe der Professoren. In aller Regel - oft nach dem Ausscheiden des Bereichsleiters - rückt ein Hochschuldozent dann zum Professor (ca. 2.600 - 3.000 Mark) auf. Probleme ergeben sich daher jetzt aufgrund bisher fehlender Ausschreibung und mangelnder Mobilität. (Die bisher üblichen Berufungslisten an den Hochschulen der DDR, so auch in Halle, sind zurückgezogen worden.)

In diesem Jahr haben sich nun Ausbildungsziele und -gänge grundlegend verändert, jedenfalls wenn wir neue und alte theoretische Ansprüche miteinander



vergleichen. So heißt es im Vorwort des Studienführers für das Wintersemester 90/91 der Sektion Wirtschaftswissenschaften (Juli 1990): "Heute verlangen die Unternehmungen, Verbände etc. nach qualifizierten, selbständig denkenden und handelnden Ökonomen. Der Bedarf ist groß und die beruflichen Aussichten sind gut - vorausgesetzt, Sie zeichnen sich durch Einsatzbereitschaft, Leistungswillen und Können aus. Ihnen zur Ausprägung dieser Persönlichkeitsmerkmale zu verhelfen, ist unser Anliegen ...

Wir existieren ... seit vier Jahrzehnten mit tiefen Verwurzelungen in einer langen Tradition. Doch wieviele sozialökonomische Veränderungen in der Welt, in Europa, in Deutschland ... sind in dieser Zeit auf uns eingestürzt? Haben wir sie gut gemeistert? Wer wagt da, ein abschließendes Urteil zu fällen? ... Die Verantwortung vor unserer Geschichte ebenso wie die aktuellen Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sind uns Ansporn und Verpflichtung, Sie zu kreativen, entscheidungsfähigen Ökonomen auszubilden ...".

Die neuen Studiengänge sind Volkswirtschaftslehre (Dipl.Volkswirt/in) - Betriebswirtschaftslehre (Dipl.Kfm./Kffr.) - Landwirtschaftliche Betriebs- u. Marktlehre (Dipl.Agrarökonom/in) - Wirtschaftsinformatik (Dipl.Wirtsch.Informatiker/in). Nach 4 Semestern ist das Vordiplom vorgesehen. Die Regelstudienzeit beträgt 9 Semester. Die Diplomarbeit soll innerhalb von 6 Monaten geschrieben werden. Ferner wird an der Sektion auch die Studienrichtung Soziologie (Dipl.Soz.) angeboten. In das Grundstudium ist ein Block Studium Generale integriert.

Zwar sind die eigeninitiierten Ordnungen quasi schwebend wirksam - sie müssen ja an die Ministerien der noch zu schaffenden Landesregierungen eingegeben werden - , sie bilden jedoch eine erste Arbeitsgrundlage. Inwieweit diese bereits jetzt schon inhaltlich ausgefüllt werden kann, ist eine andere Frage.

Jürgen Cromm